

Die „Freie“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“. Der Bezugspreis beträgt bei treuer Zahlung ins Haus für den Monat August 70.— Mk., im voraus zahlbar. Postnummern nehmen sämtliche Postämter entgegen. Bezahlungsstellen: Berlin 1970, 1971 und 1972. Redaktion: Dönhofs 4563.

Berlag und Exped. Berlin NS 40, Kronprinzenufer 27, I.

Die in dieser Nummer enthaltene Sonderbeilage über den Kampf um die Reichspräsidentenwahl kostet 25.— Mk., einzeln 10.— Mk. Jede weitere Beilage kostet 5.— Mk., einschließlich Postgebühren. Die in dieser Nummer enthaltene Sonderbeilage über die Reichspräsidentenwahl kostet 25.— Mk., einzeln 10.— Mk. Jede weitere Beilage kostet 5.— Mk., einschließlich Postgebühren. Redaktion: Fernsprecher Dönhofs 4190, 4191 und 4192, Berlin SW, 68, Ritterstr. 75, III.

# Freie

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Eine Rede Poincarés

Frankreich besetzt auf produktive Pfänder

Paris, 21. August. Aus Anlaß der Eröffnung der Tagung des Generalrats hielt Poincaré in Bar-le-Duc eine politische Rede über die Reparationsfrage. Vergeblich versuchten Nationen, so führte er aus, die teilweise mehr als Frankreich vom Imperialismus befreiten seien, es Gott weis, welcher Herrschaftsträume anzuklagen. Frankreich wünsche die Vergrößerung seines Gebiets, es verlange keinerlei Hegemonie, es wolle weder irgend ein Volk vernichten noch demütigen, es verlange nichts anderes, als die Ausführung der Verträge und der Entschädigungsleistungen. Aber seine Forderungen, von denen sein Volk abhängig, würden nicht immer von den besten Freunden begriffen. Sie gingen ihren Weg und Frankreich gehe den seinen, und manchmal ereigne es sich, daß sich beide etwas von einander entfernten.

Nach und nach werde Frankreich so, als ob man ihm das Recht freitrag mache, eine französische Politik zu treiben. Man habe von Frankreich verlangt, es solle sich dem Willen der größeren Mächte beugen, das heißt, der an der Regelung der Reparationen weniger interessierten Mächte. Diese unheimliche Ungerechtigkeit könne aber nicht die fortgesetzte Unterordnung Frankreichs unter den Willen anderer bedeuten.

Die britische Regierung hat sich nicht ganz den schweren Druck unterer Finanzlage klar gemacht und auch nicht das kapitalistische Interesse, das wir daran haben, von Deutschland reich zu machen. Deutschland habe seit Kriegsende nur eine auswärtige Schuld von ganz unbedeutendem Umfang gehabt, und die einzelnen etwas bedeutenden Zahlungen, die es im Ausland seit dem Waffenstillstand zu leisten hatte, betrafen die Reparationen.

Während Frankreich einerseits eine strenge Gesetzgebung durchführte, um den Kapitalexport zu verhindern, hat Deutschland sofort nach dem Waffenstillstand alle einschränkenden Gesetze unterdrückt. Das Ergebnis davon ist, daß die begüterten Deutschen, die großen Bourgeois, Handelsleute und Industriellen, um den staatlichen Steuern zu entgehen, um sich gegen den Sturz der Mark zu sichern und die Reparationszahlungen zu vermeiden, alle ihre Fonds, Titel und Werte, über die sie verfügen konnten, ins Ausland gebracht haben. Und so sind aus Deutschland alle seine beweglichen Kapitalien herausgehört, am Abend vor dem Tage, an dem es mit der Ausführung des Versailler Vertrages beginnen mußte. Deutschlands Fehler also ist es, wenn es den verhängnisvollen Sturz seiner Devisen hat vor sich sehen sehen.

Frankreich schuldet Großbritannien 11 808 Millionen, es schuldet Amerika 12 791 Millionen Goldmark. England schuldet Frankreich 1 092 Millionen Goldmark und Amerika 18 800 Millionen. Italien schuldet Frankreich 810 Millionen Goldmark und Großbritannien 9 710 Millionen, den Vereinigten Staaten 7 420 Millionen. Serbien schuldet Frankreich 1 314 Millionen Goldmark, Rumänien 879 Millionen, Griechenland 417 Millionen, Rußland schuldet uns 5 643 Millionen und verschiedenen anderen Ländern 1 300 Millionen. Gibt es den aerinanten Bereich zwischen dem, was Deutschland den Alliierten schuldet, und den Schulden der Alliierten untereinander?

Derartige verschiedene Schulden miteinander zu vergleichen, wäre eine der ungeborenen Ungerechtigkeiten. Deutschland hat das Uebel wieder anzumachen, daß es ausgerichtet hat, und diese nötige Reparation muß natürlich vor jeder anderen Rechnung den Vorrang haben.

Wir denken in diesem Augenblick nicht im allgeringsten daran, unsere Schulden bei unseren Alliierten einzufordern. Die Forderung, die wir an Deutschland haben, die ist es, die wir zuerst haben wollen. Bis dahin ist es uns moralisch und materiell unmöglich, unseren Verpflichtungen unseren englischen Freunden gegenüber nachzukommen, und so ist es unser Bestreben, daß wir unsererseits nicht unsere gemeinschaftlichen Freunde drängen möchten. Es liegt übrigens klar auf der Hand, daß diese allgemeine Frage der interalliierten Schulden wie ein Schwergewicht auf dem Befehlshand und auf der allgemeinen wirtschaftlichen Lage lastet, und daß sie eine gemeinschaftliche Regelung verlangt.

Die Note der englischen Regierung hatte es uns unmöglich gemacht, dieses wichtige Problem in London sofort anzuschneiden, und die kraftlose Passivität, die Deutschland bisher gegenüber den Reparationsforderungen annehmen ließ, und dem von der Reparationskommission angebotenen Reform- und Kontrollverlangen gegenüber gezeigt hat, würde weiterhin es nicht möglich machen, sofort die Möglichkeit einer von Deutschland für seine Reparationszahlungen anzunehmenden Anzahlung ins Auge zu fassen. Es ist also für den Augenblick nur übrig, jedes neue Moratorium abzulehnen oder es nur als einen vorläufigen Pfänder zu gewähren, von denen ich eine Anzahl anzurechnen bezeichnet habe, darunter die Staatsbergwerke im Ruhrgebiet und die deutschen Staatsforsten.

Das ist der Grund, den ich aufgestellt habe und dem ich angeschlossen die englische Regierung sich nicht hat entschließen können. Da dieser Grund der einzige war, der die Rechte Frankreichs wahren konnte, habe ich mich nicht entschließen geglaubt, ihn anzugeben. Der Grund bleibt autorisiert, so wie gestern, der Grund der französischen Regierung. Was auch immer kommen möge, wir werden nicht aufgeben. Wenn wir von Pfändern und Garantien sprechen, dann heißt man sich, das ist wahr, in Deutschland steht und bisweilen auch anderswo, und hintergedanken zu schreiben.

An dem Tage, an dem Deutschland in loyaler Weise seine Verpflichtungen anerkennt und gutwillig erfüllt, werden wir

und daher nicht welaern, mit Deutschland in eine Prüfung der besten Mittel einzutreten, um die rasche und regelmäßige Ausführung des Friedensvertrages sicherzustellen.

### Frankreich zum Einmarsch bereit

(D.N.) Paris, 21. August. Die Vorbereitungen zur Besetzung des Ruhrgebietes sind beendet und die Besetzung kann innerhalb 24 Stunden durchgeführt sein. Es steht eine so hinreichende Truppenmacht zur Verfügung, daß keine Reserven einberufen zu werden brauchen. Zuerst sollen die Hauptindustrieviertel und die Eisenbahnknotenpunkte besetzt werden, damit keine Pause in den Betrieben der Gruben und Industriewerke eintreten kann.

### Ein englisches Urteil über die Reparationen

Paris, 21. August. Der Londoner Berichterstatter des „New York Herald“ übermittelt seinem Blatte ein Zitat des englischen Schriftstellers Sir George Vasky zur Reparationsfrage. Dieser ist davon überzeugt, daß eine Schwächung in der Reparationspolitik der Verbündeten viel weniger von der englischen Regierung aus freiem Entschluß gefordert, als vielmehr von der englischen öffentlichen Meinung, den Arbeitern, Industriellen, Kaufleuten und Bankiers ihr aufgegeben wird. Alle Klassen der englischen Bevölkerung sind nach ihm heute von dem Wunsch befeuert, 1. daß von der englischen wie von der französischen Regierung die bestehenden Tatsachen anerkannt, jeder einzelne Faktor sorgfältig beobachtet und die Linie der zu befolgenden Politik völlig neu gezogen werde, 2. daß das französische Volk von den europäischen und den allgemeinen Verhältnissen der ganzen Welt, wie sie heute liegen, völlig unterrichtet werde, 3. daß die Frage der deutschen Zahlungsunfähigkeit dem Bankierauschuss vorgelegt werde, 4. daß Deutschland für sämtliche Zahlungen ein Moratorium erhalte, bis der Bankierauschuss über seine Zahlungsunfähigkeit sich ausgesprochen habe, 5. daß eine internationale Anleihe aufgelegt werde, welche die unverzügliche Wiederherstellung der zerstörten Gebiete in Frankreich und den anderen Ländern ermöglicht, 6. daß die deutschen Reparationszahlungen in Form von Annuitäten erfolgen, die zur Zinszahlung für die internationale Anleihe dienen sollen, 7. daß die interalliierten Schulden getrennt werden, 8. daß sofort für die finanzielle Reorganisation Österreichs gesorgt werde, 9. daß alle Meinungsverschiedenheiten über den Betrag der Reparationen, die Zahlungsweise und andere Fragen, die zwischen Frankreich und England bestehen, vom Völkerbund geregelt werden. Der Berichterstatter betont ausdrücklich die neuerliche Annäherung Lord Georges an diese Gedankengänge.

### Ein Verweisungsschritt Österreichs

(D.N.) Wien, 21. August. Die Veröffentlichung eines Regierungskommunikés steht unmittelbar bevor. Bei dem Empfang der Vertreter der Entente durch Bundeskanzler Dr. Seipel erklärte der Bundeskanzler, daß nach Ansicht der Wiener Regierung die zentraleuropäische Frage akut geworden sei, und daß Österreich sich nunmehr veranlaßt fühle, mit jenen Staaten, die für Deutsch-Österreich in erster Linie in Betracht kommen, in sofortige direkte Fühlung zu treten. Die österreichische Regierung sehe das österreichische Problem nicht mehr als ein finanzielles, sondern als ein eminent politisches Problem an. Bundeskanzler Seipel ist am Sonntagabend nach Prag gereist, um mit dem tschechischen Außenminister Dr. Beneš zu konferieren. Von Prag wird Dr. Seipel nach Berlin reisen, wo er von Reichskanzler Dr. Brüning erwartet wird. Nach kurzem Aufenthalt in Berlin reist der österreichische Bundeskanzler nach Rom weiter.

Die „Neue Freie Presse“ erklärt, daß die österreichische Republik alle Maßregeln treffen müsse, um das Land bei dem bevorstehenden Ausbruch der großen zentraleuropäischen Krise zu sichern. Die Wiener Regierung müsse durch außenpolitische Fühlungnahme Sicherungen schaffen gegen innerpolitische Rückwirkungen, die aus der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Zeit folgerichtig entstehen müßten.

### Orientkonferenz in Venedig

(E.P.) London, 21. 8. Wie der „Daily Express“ zu wissen glaubt, hat England in der Note, die es gestern in der Orientkonferenz an Frankreich sandte, seine Zustimmung zur Einberufung einer Friedenskonferenz in Venedig gegeben. Diese Konferenz könnte nach englischer Ansicht einberufen werden, sobald die Griechen und Türken ihre Zustimmung gegeben haben. Die Alliierten werden durch ihre Oberkommissare in Konstantinopel vertreten. Es verlautet, daß die Regierung von Ankara bereits grundsätzlich ihre Zustimmung zur Entsendung von Vertretern gegeben hat.

### Der Zerfall der Republik

Zur selben Stunde, in der der rechtssozialistische Parteivorstand des BVP vor dem Parteitag des Berlin-Brandenburgischen Bezirkes der SPD, das bayerische Verhalten als Hochverrat bezeichnete und eine Entschließung angenommen wurde, welche starke Bedenken an den inzwischen von Bayern zerrissenen Abmachungen zwischen Berlin und München ausdrückte und die Forderung aufstellte, daß die Reichsregierung bei weiteren Schwierigkeiten von allen gesetzlichen Mitteln Gebrauch mache, fand unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert in Berlin eine Konferenz der Reichsregierung mit den Abgesandten der bayerischen Regierung statt.

Über den näheren Verlauf der Verhandlungen verlautet bis zur Stunde nur, daß die Erklärungen der Reichsregierung die Vertreter Bayerns „durchaus befriedigt“ haben. Über den Inhalt dieser Erklärungen ist nichts bekannt, aber wie immer sie gelautet haben mögen, so steht doch das eine unumstößlich fest: die Tatsache allein, daß die Reichsregierung aufs neue verhandelt hat, bedeutet in diesem Augenblick eine Kapitulation der Reichsregierung und einen Sieg für die bayerischen Reaktionskräfte.

Ganz richtig erklärte noch vor kurzem der Reichssozialist Wendel in der „Glocke“, daß der bayerische Schlag gegen das Reich nicht mehr ein bloßer Anstöß zur Gegenrevolution, sondern diese selbst sei. Der Verfassungsbruch Bayerns und die bayerische Rechtsbeugung sind offenkundig. In aller Öffentlichkeit hatte die bayerische Regierung durch ihre Sonderverordnung dem Reich den Fehdehandschuh hingeworfen und Aufgabe der Reichsregierung war es, diesen Fehdehandschuh aufzunehmen. Jedes Ausweichen mußte von vornherein als Schwäche gedeutet werden und ist denn auch von Bayern als solche gedeutet worden. Die bewiesene Nachgiebigkeit des Reiches hat die Dreistigkeit der bayerischen Reaktionskräfte noch weiter gesteigert. Nicht nur ist die Rücknahme der rechtlich unhaltbaren Sonderverordnung von seiten Bayerns noch nicht erfolgt, sondern Bayerns Uebermut ging so weit, auch die in Berlin getroffenen Sonderabmachungen, welche die vom Reichstag beschlossenen Schutzgesetze aller Wirksamkeit berauben, als unannehmbar zurückzuweisen.

Wollte sich die Reichsregierung nicht um den letzten Rest ihres Ansehens bringen lassen, dann dürfte sie jetzt den von ihr eingeschlagenen Weg des Rückzuges nicht weiter verfolgen. Sie mußte klipp und klar zu verstehen geben, daß ein weiteres Nachgeben, und sei es auch nur das minimalste, außer Diskussion stehe und daß, falls die bayerische Regierung bis zum 18. August die ausbedingene Aufhebung der bayerischen Sonderverordnung nicht ausgesprochen habe, diese durch einen Erlass des Reiches erfolgen werde.

Unbegangene Festigkeit der Reichsregierung geboten aber noch andere Umstände: Zunächst ist bekannt, daß Bayern bewusst auf die Wiederherstellung der Monarchie arbeitet. Dieses Ziel ist nicht erst in den letzten Wochen aufgestellt worden, sondern von langer Hand vorbereitet. So wurden schon im September 1920 in dem sogenannten „Bamberger Programm“ der Bayerischen Volkspartei an erster Stelle die Wiederherstellung der bundesstaatlichen Form des Reiches und die Wiedereinführung des alten Bundesrates verlangt und für die einzelnen Bundesstaaten das Recht gefordert, ihre Staatsform und Staatsverfassung selbst zu bestimmen. Nach dieser Richtung ist bisher in Bayern unentwegt gearbeitet worden. Ausdrücklich hat denn auch der Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei in diesen Tagen einstimmig eine Entschließung angenommen, welche die Fortführung des Kampfes für die Sicherung und Erweiterung der bayerischen Hoheitsrechte als selbstverständlich erklärt. So ist denn auch der Sinn des jetzigen bayerischen Vorgehens nur, Bayern aus der verfassungsmäßigen Bindung an das Reich zu lösen und ihm eine lediglich auf Vertrag beruhende Stellung im Reich und zum Reich einzuräumen. Dieser Absicht sind die Berliner Abmachungen schon in der bedenklichsten Weise entgegengekommen, denn es ist unschwer voranzusehen, daß mit Verweis auf den einmal geschaffenen Präzedenzfall Bayern in jeder ähnlichen Situation eine Sonderstellung und Sonderbehandlung beanspruchen wird.

Entscheidend aber ist, daß für die Festigung der Schutzgesetze der Republik, insbesondere die Einführung eines Staatsgerichtshofes und eines Reichskriminalpolizeigesetzes mit dem schwachen Ansatze einer Reichsexekutive, nicht zuletzt die Verhältnisse in Bayern bestimmend waren. Wenn überhaupt für irgendein Land solche Bestimmungen notwendig waren, so für Bayern. Die bayerischen Reaktionskräfte hatten dies wohl



erkannt und schon im Reichstag deshalb durch ihren Vertreter die geplanten Gesetze als für Bayern untragbar bezeichnet. Bei richtiger Anwendung und vor allen Dingen, wenn der Wille hierzu lebendig war, hätten diese Gesetze die Reichsregierung immerhin in den Stand gesetzt, in Bayern etwas durchzugreifen. Gerade aus dieser Möglichkeit hatte Bayern allerhand zu befürchten und deswegen versuchte es auch sofort, alle ihm gefährlich erscheinenden Zähne dieser Gesetze auszubrechen, und das ist ihm denn auch durch die Berliner Abmachungen vollumfänglich gelungen.

Durch die Jagdbüßigkeit der Reichsregierung haben nun leider die Schutzgesetze nicht nur den größten Teil ihrer Bedeutung verloren, sondern sie müssen auch zu einer Entmutigung der bayerischen Arbeiterschaft führen. Diese verblüdet mit ihrem unfehlbar sicheren Blick für die vorhandenen Gefahren den entschlossenen Willen, mitten in dem Brandherd der Republik für die Republik und für die Reichseinheit zu kämpfen. Durch eine ebenso entschiedene Haltung der Reichsregierung hätte der Mut der bayerischen Arbeiterschaft leicht verhundertfacht werden können. Jetzt aber bedarf es aller Anstrengungen der sozialistischen Parteien, das bayerische Proletariat vor Fraktionen, Enttäuschungen und nutzloser Verzweiflung zu bewahren.

### Es wird immer schöner!

Aus München kommt eine Meldung, die geeignet ist, das Verbot der „Roten Fahne“ noch ungerechtfertigter erscheinen zu lassen, als es ohnedies der Fall war, und das andererseits die offiziellen Erklärungen der preussischen Regierung in dieser Sache nur Andreuen waren. Die bayerische Regierung läßt nämlich erklären, daß sie niemals das Verbot der „Roten Fahne“ verlangt habe und daß deshalb die Pressemeldungen, das Verbot sei auf Verlangen der bayerischen Regierung erfolgt, unzutreffend seien.

Durch diese Erklärung Bayerns wird, falls sie nicht in Widerspruch mit den Tatsachen steht, der bisherigen Darstellung der preussischen Regierung der Boden entzogen. Denn diese hatte täglich entweder durch die „Dena“ oder durch die „Pol. Parl. Nachr.“ die Mitteilung verbreiten lassen, Bayern habe die Unterdrückung der „Roten Fahne“ wegen der Angriffe auf die „republikanische“ bayerische Regierung verfügt. Ja, noch mehr. Am Sonabend letzten die „Pol. Parl. Nachr.“ mit, die preussische Regierung habe die bayerische von dem erfolgten Verbot der „Roten Fahne“ in Kenntnis gesetzt und ihr gleichzeitig Material über Beschimpfungen der Reichs- und der preussischen Regierung durch bayerische Blätter übermittelt und Bayern um Gegenseitigkeit, d. h. um Verbote der betreffenden bayerischen Blätter gebeten. War die Uebermittlung des Materials an sich schon völlig überflüssig, weil Bayern nicht erst durch die preussische Regierung orientiert zu werden braucht, wenn es etwas gegen die antirepublikanische Debe zu unternehmen gedächte. Aber es denkt gar nicht daran. Und die Liebedienerei der preussischen Regierung, die sich in dem nicht von Bayern geforderten Verbot der „Roten Fahne“ wegen „Beschimpfung“ der „republikanischen“ bayerischen Regierung ausdrückt und die durch die nachträglichen irreführenden offiziellen Mitteilungen der preussischen Regierung über die Gründe des Verbots die Liebedienerei nur noch lächerlicher erscheinen läßt, wird die bayerischen Ordnungsmänner erst recht nicht veranlassen, anders als bisher zu verfahren.

Eine weitere Illustration zu den Verlautbarungen der preussischen Regierung während der letzten Tage bildet eine Erklärung des „Berliner Lokal-Anzeiger“ vom Montagabend. Die Erklärung besagt:

„In mehreren Tagesblättern ist aus einer politischen Nachrichtenkorrespondenz (gemeint sind die „Pol. Parl. Nachr.“, D. Red.) übergegangen, der „Berliner Lokal-Anzeiger“ hätte die Aufhebung des kürzlich über ihn verhängten Verbots durch die Erklärung erreicht, „daß er keine Beschimpfung der republikanischen Regierungen fortzusetzen beabsichtige“. Eine

solche Erklärung ist von uns nicht verlangt und selbstverständlich auch nicht abgegeben worden; sie kam schon deshalb nicht in Frage, weil wir uns keiner Beschimpfung der republikanischen Regierungen schuldig gemacht haben. Wir haben in dieser Sache lediglich die in unserer Sonntagsausgabe vom 6. August veröffentlichte Erklärung abgegeben, der sich jener von der Nachrichtenkorrespondenz behauptete Inhalt ganz gewiß nicht nachtragen läßt.“

Die aber kommt die preussische Regierung zu der durch die „V. P. N.“ verbreitete Behauptung, das Verbot der „Roten Fahne“ würde aufgehoben oder verfürzt werden, wenn die Redaktion ebenso wie seinerzeit die Redaktion des „Lokal-Anzeiger“ die Erklärung abgibt, die Beschimpfungen der republikanischen Regierung pünktig einzustellen?

### Die Beamtengehälter

Im Reichstag tagte gestern der Ueberwachungsausschuß, um zu dem Ergebnis der Beratungen der Regierung mit den Spitzenorganisationen am 17. und 18. über die Teuerungsschläge Stellung zu nehmen.

Abgeordneter Bender wies auf die Wirkung der prozentualen Teuerungsschläge hin, die ihm zugleich mit den höheren Gehaltsgruppen bei den niedrigen Gehaltsgruppen als unfajal auffallen. Abgeordneter Steinopf bemängelte die unzureichende Fürsorge der dritten Beamtenmassen bei der herrschenden Teuerung, besonders auch bei der Beschaffung von Wintervorräten.

Unser Genosse Reichstagsabgeordneter Hoffmann-Schmaragdendorf stimmte namens unserer Fraktion der getroffenen Regelung nur unter der Bedingung zu, daß eine Erhöhung der Grundgehälter erfolge, die die breiten Massen der Beamten mehr als bisher nach sozialen Gesichtspunkten berücksichtigt. Er verlangte mit dem Abgeordneten Bender bei der nächsten Teuerungsbekämpfung eine gerechte Verteilung des Kopfschusses und prozentuale Teuerungszulagen, da das Pfund Kartoffeln und das Brot für die Beamten des niedrigen Dienstes ebenso teuer sei, als für die Beamten des höheren Dienstes.

Genosse Reichstagsabgeordneter Dr. Kurt Rosenfeld stellte den Antrag, daß nach Beendigung der Verhandlungen der Reichsregierung mit der bayerischen Regierung der Ueberwachungsausschuß zusammentreten möchte, um zur Forderung der Reichsregierung Stellung nehmen zu können. Er betonte, daß der Geist der vom Reichstag verabschiedeten Schutzgesetze und die Rechte der Volkserziehung nicht verletzt werden dürfen. Dem Antrag wurde gegen den Widerspruch des Abgeordneten Dr. Scholz von der Deutschen Volkspartei zugestimmt.

### Die aufgelösten Monarchistenverbände

Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik sind bisher folgende nationalen Verbände verboten bzw. aufgelöst worden:

- Preußen: Verband nationaler Soldaten, Bund der Aufrechten, Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Jungdeutscher Orden, Nationalsozialistischer Arbeiterpartei.
- Sachsen: Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Thüringen: Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Jungdeutscher Orden, Organisation „O“, Hochschulring deutscher Art, Deutschvölkischer Jugend, Aldeutscher Verband, Junakurium, Christliche Pfadfinder, Deutschnationaler Beamtenbund.
- Sachsen: Verband nationaler Soldaten, Bund der Aufrechten, Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Stahlhelm, Organisation „O“, Freikorps Oberland, Bund der Getreuen, Kleinatletverbände, Deutschnationaler Jugendbund, Norddeutscher Verband, Junakurium, Nationalverband Deutscher Offiziere, Orpheus, Rokokobund, Bund der Kaisertruppen, Reichsbund Schwarzwelkrot, Deutschsozialer Partei, Deutscher Orden, Cob. Verein ehemaliger Postkammer, Turnverein Theodor Körner, Raemeyer deutschvölkischer Turnverein, Helmaufsucher, Alte Kameraden, Unverzagt, Deutsche Eiche.
- Anhalt: Stahlhelm.

- Braunschweig: Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Stahlhelm, Deutschsoz. Partei, Braue Heiderich.
- Meklenburg-Schwerin: Verband nationaler Soldaten, Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Stahlhelm, Meklenburg-Sirelich: Bund der Niederdeutschen.
- Ostpreußen: Verband nationaler Soldaten, Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund.
- Pommern: Verband nationaler Soldaten, Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Stahlhelm, Teja-Bund, Nationalverband Deutscher Offiziere.
- Bremen: Bund der Aufrechten, Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund.
- Hamburg: Verband nationaler Soldaten, Bund der Aufrechten, Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Jungdeutscher Orden, Stahlhelm, Organisation „O“, Deutschvölkische Jugend, Aldeutscher Verband, Junakurium, Teja-Bund, Nationalverband Deutscher Offiziere, Niederfachring, Deutschbund, Hermannsbund, Adler und Falke, Deutschland-Bund, Juna-Bismarck-Bund, Junglehrerbund, Jugendmännerbunde-Verband, Wandervogel völkischer Art, Reichsbund ehemaliger Kadetten.

### Das bayerische „Geißeschwert“

München, 21. August.

Der Hindenburgmummel hat begonnen. Im Solentwagen traf Hindenburg am Bahnhof ein, wo ihn Lubendorf und Rohr erwarteten. Beim Rohr ist er abgestiegen. Die Stadt ist besaggt, natürlich nur blau-weiß und schwarz-weiß-rot. Selbst das Kriegsministerium hat keine republikanische Flagge aufgezogen.

Der Reichswehr war zwar die Teilnahme an der heutigen Hindenburg-Rundgebung, die von den monarchistischen Organisationen organisiert war, verboten worden, aber nichtsdestoweniger hatte ein Teil der Akademie Parade-Aufführung genommen. Im Künstlerhaus „Halbtag“ die Studenten Hindenburg. Der große allgemeine Himmelfest fand in Hofgarten statt. Den Auftakt dazu bildete eine feige erbärmliche Mißhandlung des Hauptmanns Dr. Schilling, der Berichterstatter des „Vorwärts“ und der „Berliner Volkszeitung“. Als er im Hofgarten erkannt wurde, fielen die Soldaten über ihn her und namentlich das Festkomitee tat sich hervor, auf den Wehrlosen einzuschlagen. Schilling erblutete aus verschiedenen Wunden, als ihn die Schwaben befreiten und ihn in Schutzhaft nahmen.

Auch was sich sonst im Hofgarten abspielte, war echt bayerisch-ordnungslos. Im Beisein der Spitzen der Behörden und des Gesamtministeriums wurden Reden gehalten, die eine Beschimpfung der Umwälzung im November 1918 und eine Verherrlichung des alten Systems bedeuteten.

### Zur Steuer der Finanznot der Gemeinden

Von den kommunalen Spitzenverbänden wird mitgeteilt: Die kommunalen Spitzenverbände (der Deutsche Städtetag, der Verband Deutscher Landkreise, der Reichsstadtebund und die Vertretung der Landgemeinden) hatten sich heute im Reichsfinanzministerium angelagert, um die durch den katastrophalen Sturz der deutschen Valuta bis zum Gipfelpunkt gestiegene Finanznot der deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände mit der Forderung schleuniger Abhilfe darzulegen. Sie wurden wegen der durch Besprechung mit der alliierten Kommission veranlassenen Verhinderung des Reichsfinanzministers Derrms von Staatssekretär Japs empfangen. Kammerlender waren die Minister des Innern und der Finanzen der größeren deutschen Länder.

Verhandelt wurde über die neuen Grundsteuern für das Landessteuergesetz, insbesondere die Wiedergewährung eines kommunalen Zuschlagsrechtes zur Einkommensteuer. Ueber eine Erhöhung der Umsatzsteuer um etwa ein Prozent mit der ausschließlichen Zweckbestimmung, zur Stärkung der kommunalen Finanzen zu dienen, über die Rücküberführung der Grunderwerbsteuer auf Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und schließlich über die sofortige Gewährung von Kassenzuschüssen zur Erhaltung der Liquidität der Kommunen.

Zur Beratung der Einzelheiten wurde ein Ausschuß gewählt, in dem der Städtetag, der Verband Deutscher Landkreise und die Landgemeinden vertreten sind. Der Ausschuß wird seine Verhandlungen heute beginnen.

### Die zwölf Todeskandidaten

Wir bringen nachstehend kurze biographische Angaben über die zwölf Sozialrevolutionäre, die vom Moskauer Tribunal zum Tode durch Erschießen verurteilt worden sind:

1. Abraham Gork, 40 Jahre alt, Mitglied des Zentralkomitees der Sozialrevolutionären Partei. Steht seit 1900 in der revolutionären Bewegung, war seit 1905 einer der Hauptleiter der Sozialrevolutionären Kampforganisation. Unter seiner unmittelbaren Beteiligung wurden die Attentate organisiert gegen den Minister des Innern Durnowo, ferner gegen General Rin und Oberst Riemann, die Unterdrücker des Moskauer Aufstandes, gegen den Justizminister Krimow, den Moskauer Stadthauptmann Schawalow und den Vizepräsidenten des Polizeidepartements Katschkow. 1905 verhaftet, wurde er im folgenden Jahr vom Kremltribunal verurteilt, in Petersburg zu acht Jahre Zuchthaus verurteilt. Nach Verbüßung der Strafe wurde er 1915 nach Sibirien deportiert. Nach Ausbruch der Märzrevolution 1917 wurde er zum Vizepräsidenten des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates, später zum Vizepräsidenten des Russischen Zentral-Exekutivkomitees gewählt. Im November 1917 wurde er zum Mitglied der konstituierenden Versammlung gewählt. Im Mai 1920 wurde er von den Bolschewiken verhaftet und befindet sich seitdem ununterbrochen in Haft.

2. Eugen Timofeeff, 36 Jahre alt, von Beruf Journalist. Steht seit 1906 in der revolutionären Bewegung, ist seit 1902 Mitglied der Sozialrevolutionären Partei, wo er seit 1906 eine führende Rolle einnimmt. Wurde von den zaristischen Gerichten zweimal zu langen Zuchthausstrafen verurteilt, von denen er zwölf Jahre verbüßte. Durch die Märzrevolution 1917 befreit, nahm er regen Anteil an der revolutionären Bewegung in Sibirien, wo er eine führende Rolle in der Verwaltung spielte. Ende 1917 wurde er in die konstituierende Versammlung gewählt, nach deren Sprengung er auf dem Russischen Nationalkongress im Jahre 1918 zum Mitglied des Exekutivkomitees gewählt wurde. Im Jahre 1920 wurde er von den Bolschewiken verhaftet und befindet sich seitdem ununterbrochen in Haft.

3. Michael Wendemann, 41 Jahre alt, Rechtsanwält und Schriftsteller. Steht seit 1899 in der revolutionären Bewegung, wo er organisatorisch und schriftstellerisch

fortgesetzt tätig war. Seit dem dritten Parteikongress gehört er dem Zentral-Komitee an. Nach der Märzrevolution 1917 war er Vorstandsmitglied des Moskauer Arbeiterrates, später Vorstandsmitglied des Russischen Zentral-Exekutivkomitees. Mitglied der konstituierenden Versammlung usw. Unter der Jarenregierung wurde er mehrere Male verhaftet, sah längere Zeit im Gefängnis, wurde deportiert usw. Befindet sich jetzt seit März 1921 in Haft.

4. Dimitri Donkoi, 41 Jahre alt, Arzt. Steht seit 1897 in der revolutionären Bewegung, seit 1902 Mitglied der Partei, war hauptsächlich in der Bauernbewegung tätig. Nach Ausbruch der Märzrevolution 1917 Mitglied des Petersburger Arbeiterrates, später Mitglied des Russischen Landesrates. Ende 1917 wurde er in die konstituierende Versammlung gewählt, gehört seit dem dritten Parteikongress dem Zentral-Komitee an. Unter der Jarenregierung wurde er dreimal nach Sibirien deportiert, sah insgesamt sechs Jahre im Gefängnis. Wurde von den Bolschewiken im März 1919 verhaftet und befindet sich seitdem fast ununterbrochen in Haft.

5. Ewarne Kainer, 36 Jahre alt, gehört seit 1902 der Sozialrevolutionären Partei an, wo sie fast ununterbrochen eine führende Stellung einnimmt. Gehört seit 1917 dem Zentral-Komitee an. War 1917 Vorstandsmitglied des Moskauer Arbeiterrates. Wurde unter der Jarenregierung neunmal verhaftet, mehrfach vor Gericht gestellt und sah insgesamt sechs Jahre im Gefängnis. Von den Bolschewiken wurde sie im Dezember 1919 verhaftet und befindet sich seitdem ununterbrochen in Haft.

6. Leo Gerkeim, 45 Jahre alt, von Beruf Uhrmacher, später Genossenschaftler. Steht seit 1898 in der revolutionären Bewegung, war bis 1913 in der Provinz organisatorisch tätig, später in Petersburg. Auf dem dritten Parteikongress wurde er ins Zentral-Komitee gewählt. War Mitglied der konstituierenden Versammlung, nahm 1920 aktiven Anteil an dem Sturz der Jarenrevolutionären Regierung Kollschats in Sibirien. Sah unter der Jarenregierung 4 1/2 Jahre im Gefängnis und 5 Jahre in der Verbannung. Von den Bolschewiken wurde er im April 1921 verhaftet.

7. Nikolai Iwanow, 34 Jahre alt, gehört seit 1906 der Partei an. Wurde 1907 an Teilnahme an Attentaten gegen Jarenbeamte zu 13 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Von der Märzrevolution 1917 befreit, war er fortgesetzt an führender Stelle in der Partei tätig und gehört seit dem vierten Kongress dem Zentral-Komitee an.

Von Kollschak verhaftet, erlitt er nur durch eine gelungene Flucht dem Tode durch Erschießen. Wurde von den Bolschewiken im August 1921 verhaftet.

8. Michael Lichatsch, 35 Jahre alt, Schriftsteller und Genossenschaftler. Gehört seit 1903 der Partei an, wo er fast ununterbrochen tätig war. Gehört seit dem vierten Parteikongress dem Zentral-Komitee an. War Mitglied der konstituierenden Versammlung und nach ihrer Sprengung Mitglied des dritten und vierten Zentral-Exekutivkomitees. Sah unter der Jarenregierung einige Jahre im Gefängnis und war längere Zeit deportiert. Befindet sich seit Januar 1921 im Gefängnis.

9. Sergius Morosow, 34 Jahre alt, steht seit 1904 in der revolutionären Bewegung, nahm 1905 Anteil am Moskauer Aufstand. Wurde später wegen Zugehörigkeit zur Sozialrevolutionären Partei zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt, von der er erst durch die Märzrevolution 1917 befreit wurde. Nahm energischen Anteil an der Partei- und Mädebewegung, gehört dem Zentral-Komitee der Partei an. Befindet sich jetzt seit August 1919 ununterbrochen in Haft.

10. Nikolai Arremjew, 38 Jahre alt, Nationalökonom und Statistiker. Steht seit 1903 in der revolutionären Bewegung. Ist seit 1904 an führender Stelle in der Partei tätig. Wurde 1907 von der Jarenregierung nach Sibirien deportiert, kehrte 1912 zurück und nahm die Parteilarbeit wieder auf. Seit 1917 Mitglied des Moskauer Parteikomitees, gehört er als sein Vertreter dem Zentral-Komitee an. Befindet sich seit Juli 1920 ununterbrochen in Haft.

11. Helene Iwanowa, 38 Jahre alt, gehört seit 1906 der Partei an. War Mitglied der Kampforganisation und nahm in den Jahren 1906 und 1907 Anteil an der Vorbereitung terroristischer Attentate gegen verschiedene Jarenbeamte. 1908 wurde sie zu fristloser Zwangsarbeit verurteilt, von der sie erst durch die Märzrevolution 1917 befreit wurde. War dann bis zu ihrer Verhaftung durch die Bolschewiken fortgesetzt in der Partei tätig.

12. Vladimir Agawow, 33 Jahre alt, gehört seit 1909 der Partei an. War 1917 Vorstandsmitglied des Moskauer Landesrates und anderer Komitees. Wurde von den Bolschewiken dreimal verhaftet, befindet sich jetzt seit März 1921 in Haft.

Es ergibt sich, daß die Verurteilten allesamt heldenhafte Kämpfer für die Sache der Freiheit sind.



# Karl Radeks neueste Lügen

Von L. Martow.

Nachdem die Bolschewisten sich durch die schändliche Gerichtsformide in Moskau vor der ganzen Welt mit unaussprechlichem Schmach bedeckt haben, versuchen sie nun, die Spuren zu verwischen, indem sie wegen der in Paris gefälschten Dokumente des „Administrativen Zentrums“ Lärm schlagen. Ohne Rücksicht darauf, daß diese Dokumente nur einige ausländische Sozialrevolutionäre kompromittieren, die unabhängig von ihren russischen Genossen und gegen ihren Willen handelten, suchen die Bolschewisten und ihre europäischen Stipendiaten um jeden Preis die politische und juristische Verantwortung für die Dinge, die durch die Pariser Dokumente aufgedeckt werden, den Gog, Timosejew und den andern verurteilten Genossen aufzubürden. In Moskau versuchen sie im letzten Augenblick, aus diesen Dokumenten eine Schlinge für die Angeklagten zu machen. Jetzt sind sie in Berlin und Paris dabei, mit Hilfe dieser Dokumente den schändlichen Eindruck zu verwischen, den der Gerichtsprozeß und das an die schlimmsten Zeiten des Mittelalters gemahnende Gerichtsurteil in der ganzen Welt hervorgerufen haben.

In diesem Zweck hat Herr Tschitscherin ein umfangreiches Interview in der „Bolschischen Zeitung“ veröffentlicht, während Herr Karl Radek in einem unehrlichen Artikel in der „Roten Fahne“ vom 13. August unter der Überschrift „S. M. — Stehler und menschenwürdige Fehler“ längst widerlegte Verleumdungen aufwärmt und uns russische Sozialdemokraten beschuldigt, daß wir die verurteilten Sozialrevolutionäre in gewissenhafter Weise verteidigten. Indem Radek gegen die „Freiheit“ polemisiert, schreibt er:

„Die Herren Menschenwürden lägen, wenn sie behaupten, daß Gog und seine Genossen zu wiederholten Malen in offenen Briefen, die aus dem Gefängnis geschickte und in der Presse der SM veröffentlicht wurden, gegen Versuche des bewaffneten Kampfes mit der Sowjetmacht und gegen leibliche Intervention protestierten. Derartige Dokumente mit der Unterschrift Gog und seiner Genossen aus dem Gefängnis gibt es nicht, und die Menschenwürden sind nicht in der Lage, diese Dokumente nachahmlich zu machen.“

Man muß schon sagen, daß Radek eine eiserne Stirn hat. In der November-Dezembernummer der Zeitschrift „Revolutionnaja Rossija“, des unter der Redaktion von B. Tschernom herausgegebenen Zentralorgans der Sozialrevolutionären Partei vom Jahre 1921, ist ein umfangreicher Brief der Mitglieder des sozialrevolutionären Zentralkomitees M. Bedenjanin, M. Hendelmann, A. Gog, D. Donstol, B. Iwanow, M. Wikaisch, S. Morosow, G. Rakow, E. Rainer, E. Timosejew und M. Zeilin veröffentlicht. (Alle, mit Ausnahme des Letzteren, waren im Moskauer Prozeß angeklagt.) Dieser Brief, der vom 17. Oktober 1921 datiert ist, ist „an die Genossen im Auslande“ gerichtet, und ausschließlich der Kritik jener Emigranten gewidmet, die in Paris die „Konferenz der Mitglieder der konstituierenden Versammlung“ und das „Administrative Zentrum“ gebildet hatten. Die jetzt verurteilten Genossen schreiben in diesem Briefe folgendes:

„Die Hauptaufmerksamkeit unserer Genossen muß darauf gerichtet sein, die öffentliche Meinung der europäischen sozialistischen Welt mit den Lehren der russischen Revolution, den Erfahrungen der russischen sozialistischen Parteien, mit ihren Kesseln, Niederlagen und Siegen vertraut zu machen, und andererseits unseren Kampf gegen die Diktatur der bolschewistischen Partei zu internationalisieren, die Arbeiterklasse aller Länder in diesen Kampf hineinzuziehen und die Bemühungen unserer Organisationen... durch die moralische und aktive Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse zu fördern. Unsere Genossen müssen dessen einsehen, daß unsere Partei nur ein Teil der internationalen Arbeiterklasse ist. Und von diesem Standpunkte aus weisen wir mit aller Entschiedenheit alle Versuche einer „Großmachtpolitik“ zurück, für die sich einige unserer Genossen im Auslande so sehr begeistern.“

Es wäre ein nicht wieder gut zu machender Fehler, wenn man die Partei von jener einseitigen richtigen Arbeit der Sammlung, Konsolidierung und Erziehung der Volksmassen im Prozeß des angespannten politischen Kampfes gegen die Diktatur der bolschewistischen Regierung ablenken würde, mit der in Rußland alle aktiven Elemente der Partei beschäftigt sind.“

In diesem Kampf haben die russischen sozialistischen Parteien... in Europa und Amerika nur einen Verbündeten — das internationale Proletariat. In dieser Richtung müssen alle Bemühungen unserer Genossen im Auslande sich auswirken. Alle diplomatischen Schritte bei europäischen Regierungen und so genannten ersten Kreisen, die von einzelnen Genossen unternommen werden... sind nicht geeignet, den schweren Kampf gegen die bolschewistische Diktatur zu fördern, sondern verwirren im Gegenteil nur die Lage... Die Forderung der Bolschewisten in der internationalen Arbeiterbewegung — das ist die erste und wichtigste Aufgabe, die die Vertreter unserer Partei im Auslande zu erfüllen haben. Jedoch die Taktik einseitiger von euch bewirkt lediglich die Isolierung der Partei von der internationalen Arbeiterbewegung.“

Diesem Inhalt des Eintritts einiger Emigranten in die Pariser Konferenz der Mitglieder der konstituierenden Versammlung“ erklärt der Brief nicht minder kategorisch: „Schon die Tatsache, daß die Partei in dieser Frage sich mit so erkauftlicher Einmütigkeit von so vielen verdienten Führern abwendet und sich nicht schämt hat, sie vor der

öffentlichen Meinung des sozialistischen Europas an den Scheitern, hätte allen Teilnehmern dieser unausföhrlichen Konferenz setzen müssen, wie sehr ihr Unternehmen in ihrem Kern der gesamten Politik der Partei widerspricht und den Interessen der russischen Revolution ins Gesicht schlägt... Das Bewußtsein der Gefahr, die der grundlegenden Linie der Partei droht, die gegenwärtig mit solcher Mühe festgelegt wird — das ist der einzige Grund, der sämtliche Mitglieder der Sozialrevolutionären Partei, die in Rußland tätig sind, sowie ihre leitenden Körperschaften veranlaßt, mit solcher Einmütigkeit und solchem Nachdruck von den ausländischen Genossen die Liquidierung des gesamten Pariser Unternehmens zu fordern.“

Aus der oben skizzierten Auffassung ergibt sich für die ausländischen Vertreter nur eine Stellung gegenüber den westeuropäischen und der amerikanischen Regierungen: der unablässige Kampf gegen alle und jegliche Interventionspläne, ob sie in offener oder verdeckter Form auftreten.“

Kann es einen klareren und unabweislicheren Beweis dafür geben, daß die in den Moskauer verurteilten Sozialrevolutionäre mit den Handlungen, von denen die Pariser Dokumente sprechen, nicht das geringste gemein haben? Braucht man noch weitere urkundliche Nachweise, daß diese Handlungen nicht nur ohne Wissen, sondern gegen den ausdrücklichen Willen der Befehlshaber der bolschewistischen Regierung begangen wurden? Die Sowjetregierung ebenso wie ihr literarischer Bravo Radek, mühten dieses Dokument kennen, das vor acht Monaten im Zentralorgan der Sozialrevolutionären Partei veröffentlicht worden ist. Sie mühten ferner jenen Kampf kennen, den die Gog und Genossen vom Gefängnis aus gegen die abenteuerlichen und antiproletarischen Tendenzen in dem äußersten rechten Flügel ihrer Partei führten. Obwohl Radek dies alles wissen muß, bezieht er dennoch die Schamlosigkeit, sich gegen unsere kategorische Behauptung zu wenden, und seinen neuesten Verleumdungsartikel mit der schreienden Überschrift „S. M. — Stehler und menschenwürdige Fehler“ zu versehen. Er hat ferner die Frechheit, uns der Lüge zu zeihen, und unserer Partei, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, zu drohen, daß die bolschewistische Regierung sie von nun an nicht als politische Gegnerin, sondern als „Verbündete der Spione der Entente“ behandeln würde.“

Dieser Drohung Karl Radeks ist die Verhaftung von 80 Menschenwürden am 3. Juli in Moskau vorausgegangen. Diese Verhaftungen erfolgten am Tage, nachdem derselbe Radek in der „Pravda“ eine Denunziation veröffentlichte, wonach unsere Partei als „Hehlerin“ der angeblichen Verbrechen der Sozialrevolutionären Partei beschuldigt wird. Nach Ablauf von drei Wochen ist der größte Teil dieser Verhafteten, darunter auch die von unserer Partei als Verteidiger der Sozialrevolutionäre bestellten Genossen, sowie eine Anzahl von Männern und Frauen, die schon jahrelang in den zaristischen Gefängnissen und Nuchthäusern zugebracht haben, ohne Verzicht und Untersuchung, nach Sibirien, Turkestan usw. deportiert worden.“

Jetzt richtet Herr Radek, der mit seiner Denunziation an dieser Denkerarbeit teilgenommen hat, in herausfordernder Weise die „Anfrage“ an uns, welche Stellung die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands zu den in den Pariser Dokumenten enthaltenen Tatsachen einnehme.“

Mit Denkern und ihren Dienern, die mit den Mitteln der politischen Provokation und des Terrors kämpfen, treten anständliche Leute in keine literarische Diskussionen. Einem Denunzianten oder Denker gibt man, wenn es möglich ist, eine Ohrfeige oder man umgeht ihn wie eine sinkende Pfütze.“

Der internationalen Sozialdemokratie jedoch können wir folgende Erklärung geben: Wenn ungeduldet der Bemühungen von Gog, Timosejew und des gesamten Zentralkomitees der Sozialrevolutionären Partei in den Reihen dieser Partei bis zur letzten Zeit Handlungen möglich waren, die vom revolutionären Standpunkte unzulässig sind, Handlungen, die auf abenteuerlichen Füttschismus, zweifelhafter Verkehr mit Agenten ausländischer Regierungen und Zusammenarbeit mit konterrevolutionären Elementen hinweisen, so fällt die Hauptverantwortung dafür auf das in Rußland herrschende Regime des Terrors.“

## Auf zum Protest gegen die Moskauer Todesurteile!

Große öffentliche Versammlungen

am Dienstag, den 22. August, abends 7 1/2 Uhr, in folgenden Lokalen:

Allems Festsäle, Hasenheide 13/15,  
Viehbofborse, Eldenaer Straße,  
Germania-Säle, Chausseestrafte 110,  
Stadttheater, Alt-Moabit 47/49.

Es werden sprechen: Dr. Kurt Rosenfeld, Alex. Stein, Dr. Julius Moses, Otto Meier, Adolf Braun, Heinrich Ströbel, Erich Ruttner, Seilmann.

Eintritt 1 Mk.

Männer und Frauen erscheint in Massen!  
USPD-Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

SPD-Bezirksverband Groß-Berlin.  
Gewerkschaftskommission Groß-Berlin.

Wenn im Verlauf von drei Jahren alle Mitglieder des Zentralkomitees einmütig sind und die Sozialrevolutionäre Partei jeder Möglichkeit beraubt ist, einen Kongress einzuberufen oder die Beschlüsse ihrer Zentrale in der Presse zu veröffentlichen, so kann nur ein Dump wie Radek oder ein Heuchler wie Lenin oder eine freiwillig Blinde wie Clara Zetkin die Sozialrevolutionäre Partei deshalb anklagen, daß sie in ihren Reihen keine strenge Disziplin und kein gemeinsames Handeln aller ihrer Teile aufrechterhält.“

Wenn das internationale Proletariat, das jetzt die abgrundtiefste Gemeinheit des russischen Regimes erkennt, die Bolschewisten zwingen wird, die mit Arbeitern überfüllten russischen Wäntzen zu öffnen und den sozialistischen Parteien die Bewegungsfreiheit zu geben, so werden solche Leute wie Gog und Genossen, die ungeachtet aller tatsächlichen Fehler in der Vergangenheit würdige Mitglieder einer jeden europäischen sozialistischen Partei sein würden, in der Lage sein, eine schnelle Genugtuung ihrer Partei herbeizuführen und die notwendige Disziplin in ihren Reihen herzustellen. Dann werden alle sehen, daß das Uebel des Abenteuerismus und der Korruption die vom Terror verfohlten Parteien jedenfalls in ungleich geringerem Maße als die Partei der Terroristen selbst berührt hat, in der so schmutzige Kerle wie Karl Radek als Prediger der „proletarischen Einheitsfront“, der sozialistischen Moral und der revolutionären Ehre auftreten können.“

## Heimliche Waffenlager

Vor Jahresfrist sind durch die Polizei im Böhler-Gymnasium in Frankfurt a. M. und bei dem Gastwirt Bonnie ebenda versteckte Waffen entdeckt worden.

Das gegen verschiedene Personen wegen Waffenhinterziehung eingeleitete Verfahren hat vor einiger Zeit durch rechtskräftiges Urteil seinen Abschluß gefunden.

Daneben sind die Angeklagten Renner, Ray und Jung eines gemeinschaftlichen Verbrechens gegen § 13 Biffer 1 des Entwaffnungsgesetzes, die Angeklagten Renner und Jung und die Angeklagten Pape, Knapp, Diener und Fischer ferner eines gemeinschaftlichen Verbrechens gegen die Verordnung über Waffenbesitz, die Angeklagten Renner und Pape in je einem weiteren Falle desselben Verbrechens, endlich der Angeklagte Schneider eines Verbrechens gegen § 13 Biffer 3 des Entwaffnungsgesetzes für schuldig befunden worden.

Es sind verurteilt worden:

- a) Renner zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 6 Monaten und einer Geldstrafe von 20 000 Mark.
- b) Ray zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten und einer Geldstrafe von 40 000 Mark.
- c) Jung zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 6 Monaten und zu einer Geldstrafe von 20 000 Mark.
- d) Pape zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten und zu einer Geldstrafe von 3100 Mark.
- e) Knapp zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten und zu einer Geldstrafe von 5000 Mark.
- f) Diener zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten und zu einer Geldstrafe von 10 000 Mark.
- g) Fischer zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten und einer Geldstrafe von 3000 Mark.
- h) Scheider zu einer Geldstrafe von 5000 Mark.

In dem Urteil ist ausdrücklich festgesetzt, daß die Hauptverhandlung nichts dafür ergeben hat, daß die Angeklagten einen Verein oder eine Organisation gegründet hatten, oder daß irgendeine andere Organisation, der die Waffen gehörten, hinter ihnen gestanden hat. Das Gericht hat im Gegenteil nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme angenommen, daß eine solche Organisation nicht bestanden hat.

Die Feststellung des Gerichtes, daß weder die Angeklagten einen Verein oder eine Organisation gegründet hatten, noch daß eine andere Organisation hinter ihnen gestanden hat, klingt nicht überzeugend. Es mag sein, daß die Verurteilten nicht einen Verein zum Anlegen heimlicher Waffenlager gegründet haben, zum mindesten aber hatten sie sich verabredet über die Waffenlager, wie sie auch in bezug auf den Zweck sich einig waren, daß die Waffen bei einem Rechtsputsch Verwendung finden sollten. Deshalb erscheint das Urteil sehr milde. Man vergleiche damit die jahrelangen Zuchthausstrafen, die gegen Arbeiter ausgesprochen wurden, bei denen Waffen gefunden worden sind.

## Zum Verbot der „Roten Fahne“

gehen uns aus den verschiedensten Vertrieben Proteste gegen das Vorgehen der Preussischen Regierung an. Wir müssen leider aus Placatmangel auf eine Wiederabgabe aller Aufschriften und Resolutionen verzichten.

Der gefürchte Artikel: Dollar = 2000 Mark hat Janas Wrobel zum Verfasser. Der Autorname ist veröffentlicht — fortgeschrieben.

## Bei Hautausschlag, Beinschäden (Krampfadern)

Ist San.-Rat Dr. Strahl's Hautsalbe seit 100 Jahren ein mildes und wirksames Mittel. Original-Dose 35 — und 70 — Mark. Elefantien-Apothek, Berlin SW., Leipziger Str. 74. Frankfurt, Lohr 1193

**WENESTI RUND**

FEINE MILDE CONSUM-ZIGARETTE

MIT UND OHNE GOLD!







# Der Gegen der Reichswehr

Als mit der Revolution der preussische Militarismus begraben wurde, richteten sich die Augen der nicht bedürftigen Bezirke des Berliner Südens und Neuköllns ganz naturgemäß nach dem Tempelhofer Feld. Jetzt endlich mußte man an, diese große Fläche dem Zwecke zugeführt werden. Licht, Luft und Sonne, diese drei Heilmittel des modernen Hygienikers sind hier im Uebermaß vorhanden. Seit vier Jahren schweben Verhandlungen, die nicht zum Ende kommen wollen. Schon einmal stand man vor dem Abschluß. Ein 500 Meter breiter Streifen sollte Neukölln zur Verfügung gestellt werden. Da kam die Reichswehr dazwischen und seitdem sind zwei Jahre ins Land gegangen. Die Sache „schwebt“. Nun bestand die Aussicht, die an der Nordgrenze befindlichen alten Schießstände der Volksgesundheit nutzbar zu machen. Die Verhandlungen fanden schon vor Monaten vor dem Abschluß. Magistrat und Stadtverordnete hatten bereits 6 Millionen Mark zum Ausbau bewilligt. Wieder kommt jetzt die Reichswehr und beansprucht den größeren Teil des Waldes für sich, und zwar in dem Maße, daß die Anlage von Spielplätzen und der vorgesehenen Rodelbahn unmöglich gemacht wird.

Der diesen Waldstreifen kennt, weiß, daß militärische Übungen seit der Revolution dort nicht mehr stattgefunden haben. Die dort befindlichen Schießgräben sind inzwischen in Schutthäufen verwandelt worden, unzählige Bäume wurden trotz Bewachung gestochen. Ja, man ist sogar so weit gegangen, die Kosten für die Bewachung von Baracken, welche dem Reich gehören, der Stadt zu übertragen. Hier

offenbart sich der arbeitserindliche Standpunkt der Reichswehrbehörden. Neukölln ist „rot“. Die roten können in ihren Elendsquartieren zugrunde gehen, was brauchen sie Erholung. So denkt man bei den Reichswehrinstanzen. Man kann aber auch anders! Wenn ein exklusiver Sportklub kommt, wie der Sportklub Preußen, dann gibt man ein Gelände in bester Lage auf demselben Tempelhofer Feld. Kein militärisches Interesse steht dann auf dem Spiel. Was sagt der Reichswehrminister Gessler dazu? Weis er überhaupt etwas davon? Er, der bestrebt ist, alle Angriffe von der Reichswehr fernzuhalten, soll natürlich dann dafür sorgen, daß sie nicht immer wieder Angriffsflächen bietet. Es ist natürlich kein Wunder, wenn sich die Abneigung gegen die Reichswehr bei der Bevölkerung in das verwandelt, wenn derart mit den Lebensinteressen einer Bevölkerung, wie der Neuköllns, welche ganz besonders unter dem Mangel an Erholungsstätten leidet, Schindluder getrieben wird. Inzwischen schreitet die Geldentwertung sprunghaft vorwärts. Die 6 Millionen Mark, die seinerzeit ausgereicht hätten, den Platz notdürftig herzurichten, reichen schon längst nicht mehr aus, und der Tag ist nicht fern, an dem aus Mangel an Mitteln nichts mehr unternommen werden kann. Aber dann hat die Reichswehr ihren Triumph, sie hat ihren „Wald“, der von ihr nicht benutzt wird, der aber als Unterschlupf für allerlei Gefindel dient, dem die erholungsbedürftige Bevölkerung gern aus dem Wege geht. Vielleicht beschäftigen sich unsere Parlamentarier einmal mit dieser Angelegenheit, und zeigen der Reichswehr, wozu sie nicht da ist.

## Krüppelfürsorge in Berlin

Die Ausführung des Krüppelfürsorge-Gesetzes vom 6. Mai 1920 ist in Berlin eine sehr zögernde und schleppende. Erst in diesem Jahre wurde von der Stadtverordnetenversammlung der Etat für die nach dem Gesetz zu schaffende Krüppelfürsorge in Groß-Berlin bewilligt und nun, da zur Ausführung geschritten wird, sieht man eine Organisation der Krüppelfürsorge ins Auge, die für dieses Gebiet ganz ungeeignet ist. Die Krüppelfürsorge soll in Berlin dezentralisiert werden, so daß jedes der 20 Groß-Berliner Bezirksämter eine eigene Krüppelfürsorgeeinrichtung haben müßte.

Wer die so sehr ernten und vielgestalteten Aufgaben der Entfrüppelung und Krüppelerziehung kennt, die ärztlich, erzieherisch und wirtschaftlich sind, wird wissen, daß es ganz unmöglich ist, in allen 20 Bezirksämtern die geeigneten, erfahrenen Persönlichkeiten für diese überaus schwierige Arbeit zu finden; ganz abgesehen davon, daß ungerechtfertigte Ungleichheiten und ein unproduktives Nebeneinanderarbeiten dabei gar nicht zu vermeiden ist.

Auch die Anzahl der in den einzelnen Bezirken vorhandenen Krüppel ist ganz verschieden und könnte es darum gewiß vorkommen, daß die Arbeit der Krüppelfürsorgeeinrichtung in einem Bezirk ganz minimal wäre, während in der anderen wegen übergroßen Andrangs die Entfrüppelungsmaßnahmen unter Verzögerungen leiden. Selbst die Kostenverteilung würde großen Schwierigkeiten begegnen. Es müßten Ausgleichsfonds geschaffen werden, denn die Aufgaben würden in den einzelnen Bezirken ganz verschieden sein. Ebenso machen sich, wenn ein Krüppel aus einem Bezirk in den anderen verlegt, immer wieder Nachfragen, sowie Neuanlegungen bei den Parteien und Krankenkassen notwendig und alles bliebe dabei noch Stückwerk, was in der Krüppelfürsorge besonders zu bekämpfen ist, weil es sich um das Wohl und Wehe vieler Menschenleben handelt.

Darum wünschen alle, die sich mit der Krüppelfürsorge und Hilfe praktisch beschäftigen, denen sie näher geht, Krüppelfürsorge, sowohl wie die im Bund zur Förderung der Selbsthilfe der körperlich Behinderten (Otto Berl-Bund) e. V. zusammengeschlossenen Krüppel, daß die Ausführung des Preussischen Krüppelfürsorge-Gesetzes in Berlin zentral

gehandhabt werde. Meldewesen und Rathothel lassen sich an einer Stelle einheitlich ordnen, jeder Krüppelall stellt sich dann übersichtlich und in seinem ganzen Umfange dar. Ein Sachverständigenausschuß von erfahrenen gründlichen Kennern der Entfrüppelungsaufgaben läßt sich leicht an dieser einen Zentralfstelle zusammensuchen. Jede Doppelbehandlung und alles unproduktive Nebeneinander wird vermieden und es werden soviel ausschließende und vielfältige Erfahrungen über die in ihren Enderfolgen beste und in ihrer Behandlungsweise billige Krüppelhilfe gesammelt, wie sie durch die Zersplitterung und Verkleinerung in den einzelnen Bezirken nie gewonnen werden können. Dadurch würde eine Bearbeitung der Krüppelerziehungsaufgaben gewährleistet, die einem Gemeinwesen von der Größe Berlins würdig ist.

Es handelt sich hier um sehr wichtige Fragen der Hilfe und Aufzucht, die der Gesundheit unseres Volksganges gewidmet sind. Diese sollte man nicht mit bürokratischer Geschäftlichkeit erledigen, sondern auf den Rat derer hören, die es angeht und die Gelegenheit hatten, langjährige Erfahrungen zu sammeln, entweder als helfende Krüppelfürsorger, oder als selbst leidende selbststrebende Krüppel.

## Hauswirte gegen Hauswirte

Es beginnt zu kribbeln im Hausbesitzerstand. Die anständigen und klugen Elemente bekommen Angst vor der Courage der arbeitslosen Schreier ihrer Kunst. Es hört nicht mehr alles um des lieben Vorteiles willen wie Pech und Schwefel zusammen. Man merkt, daß der Bogen überspannt wird, und sorgt sich um die Folgen. Umgekehrt machen die Schreier schon kräftig Front gegen die Rückhaltenderen und Ehrlicheren. Ein amüsanter Beispiel hierfür lieferte die letzte Bezirksverordnetenversammlung im Tempelhofer Rathaus. Auf der Tagesordnung stand die Vorschlagsliste für die Wahl von Besitzern zum Mietvereinsrat. Mit Hand und Fuß wehrten sich die Vertreter der Rechtsfraktion, meistens Hausbesitzer, gegen einen vorgeschlagenen Vermieterbeisitzer aus Johannistal. Ungeniert wurde erklärt, daß dieser Hauswirt nicht das Vertrauen der übrigen Hauswirte finde, weil er — aus der Organisation ausgeschlossen sei. Also wer nicht mit uns durch die dick und dünn geht, ist gegen uns! Die So-

zialisten betonten, wie gut sich mit diesem Hausbesitzer zusammen in Wohnungsangelegenheiten habe arbeiten lassen. Auch ein Teil der vorgeschlagenen Vermieterbeisitzer gehörte nicht der Mieterorganisation an. Man habe bei der Auswahl auf objektive Fähigkeiten Wert gelegt, nicht auf irgendwelche Parteiwünsche. So hatten die bezeichneten Kandidatenversuche der Rechten keinen Erfolg.

## Das Obergericht über die Grenzen der Wohnungsaufsicht

Ueber die Zuständigkeit der Wohnungsaufsichtsbehörden hat das Obergericht eine grundsätzliche Entscheidung getroffen. Das Wohnungsamt Neukölln hatte einem Hausbesitzer durch Verfügung aufgegeben, in seinem Hause in der Nähe eines Mieters den oft zur Hälfte verfaulten Fußboden und in zwei anderen Wohnräumen den Anstrich oberhalb des Deckens zu erneuern. Der Hausbesitzer klagte gegen diese Anordnung. Der Bezirksausschuß wies ihn ab und das Obergericht hat auch die Berufung zurückgewiesen. In den von der „Volkswohlfahrt“ mitgeteilten Gründen des Obergerichtspräsidenten heißt es: „Die sachliche Voraussetzung für die Wohnungsaufsicht ist gegeben, da Wohnungen mit weniger als vier Räumen, wie sie hier in Rede stehen, nach dem Wohnungsamt der Wohnungsaufsicht unterliegen. Das Wohnungsamt Neukölln hat es zwar unterlassen, den Hausbesitzer vor Erlaß seiner Verfügung durch Rat und Mahnung zur Abheilung der Mängel zu veranlassen. Ihm war aber aus einem an alle Mieter gerichteten Schreiben des Hausbesitzers bekannt geworden, daß dieser jede Instandsetzung in den Wohnungen des Hauses ablehnte. Deshalb durfte das Wohnungsamt Neukölln von der Regel abweichen und sofort im Wege der Anordnung vorgehen. In der Wohnungsordnung der Stadt Berlin ist dies allerdings nicht vorgeschrieben, aber der Minister für Volkswohlfahrt hat amtlich erklärt, daß den Gemeinden durch das Wohnungsamt ausdrücklich die Verfügung erteilt worden sei, auch Zwangsmaßnahmen zur Beseitigung von Mängeln in den Wohnungen anzuordnen. Die Wohnungsaufsicht könne der Zwangsmittel nicht ganz entbehren. Der Auffassung des Oberpräsidenten und der Stadt Berlin, wonach nur die Baupolizei, nicht aber die Wohnungsaufsicht derartige Anordnungen erlassen könne, ist der Minister nicht beigetreten und das Obergericht hat dessen Standpunkt für richtig erklärt. Der bauliche Zustand einer Wohnung im Sinne der Wohnungsordnung umfasse auch Anstrich und Tapezierarbeiten. Das Einschreiten des Wohnungsamtes war daher durchaus berechtigt.“

## Der Ruffschermord bei Jüterbog

Auf der Spur des Täters — 45 000 Mark Belohnung. Der Raubmord an dem Bierknecht Ernst Haufe von der Schultheiß-Patenhofer-Brauerei beschäftigt jetzt auch die Berliner Kriminalpolizei. Es handelt sich ohne Zweifel um ein von langer Hand geplantes Verbrechen. Der Täter ist ein Mann, der dem Ermordeten nicht ganz unbekannt gewesen sein muß. Wie festgestellt ist, kehrte Haufe auf dem Rückwege von seiner Geschäftsfahrt am 16. d. Mts. abends 9 1/2 Uhr nach in Jüterbog ein, um Beschlüssen für den nächsten Tag entgegenzunehmen. Der Wirt und die Gäste hörten dann, wie ihn draußen ein Mann fragte, ob er mitfahren könne. Der Ruffschermord erwiderte: „Ich muß doch erst sehen, wer du bist, ob ich dich auch mitnehmen kann.“ Hierauf kam er mit dem Manne in die Wirtschaft zurück. Der Fremde hielt sich im Dunkeln, so daß der Wirt und die Gäste ihn nicht genauer sehen konnten. Haufe aber erkannte ihn wieder und sagte: „Ach, du bist es, du kannst mitfahren.“ 600 Meter vor Jüterbog erhielt der Ruffschermord von seinem Begleiter hinterwärts einen tödlichen Schuß. Die Kugel drang hinter dem linken Ohr in den Kopf ein und trat an der rechten Kopfhälfte vorn wieder heraus. Wie der Mörder den Leichnam, den Wagen und die Pferde besetzte, ist früher schon mitgeteilt.

Er raubte dem Ermordeten eine ursprünglich braun-leberne Brieftasche, die aber durch den Gebrauch schon schwarz geworden war.

Sie enthielt 6000 Mark. Am Tatort wurde eine Patronenhülse gefunden und ein Messer, das dem Mörder gehörte.

## Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(25. Fortsetzung.)

Tief drinnen zwischen den Hügeln. Nur die beiden Kirchtürme guckten in die Höhe. Ueber die Hügel hinaus konnten sie auch nicht sehen. Oben in der Ebersheimer Mühle ging ein Licht auf.

„Siehst du, Philipp, da oben steht man noch ein Stück weiter — und ganz trocken noch weiter — aber hier unten ist rundum alles zu. — Du kommst also einmal?“

Damit ging er.

Der Philipp sah nun fast jeden Mittwoch und Samstag in der Werkstatt beim Spengler Schlüssel. Er fütterte die Freitichen, bosselte dies und das herum, was nie recht gelang, bewunderte das Meisterstück vom Schlüssel, ein ganzes Teeservice, das blitzblank auf der Kommode in der Wohnstube stand, ließ sich vom alten Kunstweber erzählen und hörte die Reden vom Schlüssel an, die ihm alle dunkel waren im Besten, aber doch einen seltsamen Reiz auf ihn ausübten. Manchmal fiel ihm etwas davon in der Schule ein, und er betrachtete den alten Krastt mit fragenden Augen, die Gewißheit haben wollten. Aber es war nichts wegzunehmen vom alten Krastt, mochte der Schlüssel auch sagen, was er wollte. Und doch, wenn er wieder beim Schlüssel war, da fiel wieder ein ganz anderes Licht auf die Dinge. Der Philipp stand dazwischen und wußte nicht, welches das richtige war und für welches er sich entscheiden sollte. Er entschied sich nicht. Er sah sich dem Stillen, Leuchtenden hin, das vom Wesen des Krastt ausging, und ließ sich dann wieder die Augen aufstun, von dem Scharfen, Kalten, das der Schlüssel anzündete. Es beschwerte ihn nicht sehr, es beunruhigte ihn nur manchmal. Und manchmal legte er einen leisen schenen Zweifel hinter die Dinge, die der Krastt sagte.

Der Schlüssel öffnete eines Tages einen verborgenen Wandschrank in seiner Werkstatt und zeigte dem Philipp seine Bücher. Nun wußte er, woher er so viel

Merkwürdiges sagen konnte. Zu lesen gab ihm der Schlüssel keines. Sie seien meist polizeilich verboten, und es wisse niemand, daß er sie habe. Aber alles Verbot halte den Sieg der Wahrheit nicht auf. Die Wahrheit gehe durch die Welt und wisse die Brüder ihres Bundes zu finden. Es sei ein großes Geheimnis, das sie alle umschlinge. Und eines Tages, da sei das ganze Leben und die ganze Welt davon durchdrungen. Ob er schon die Namen Bebel gehört habe, Liebknecht, Marx, Lassalle? Nein? Das seien lauter große Namen, die den Bund besiegelt hätten und die Geheimnisse der Wahrheit und Freiheit in die Welt trügen.

Der Philipp sah ihn mit großen verwunderten Augen an.

„Und er gehöre auch dazu?“

„Jeder gehört dazu, der leiden muß und nach Befreiung strebt. Jeder, der's gut mit den Menschen meint.“

Da fühlte der Philipp einen großen Respekt.

„Aber er sei doch nur Spengler?“

Der Schlüssel lachte.

„Welt, darüber ist dir noch nichts eingefallen, daß die Apostel nur Fischer waren? Und Jesus ein Zimmermann? Darüber fällt den Leuten gar nichts ein. Aber das Bebel ein Dreher ist, das macht sie stutzig.“

„Ist das also dasselbe, was der Schneider Wagner den ganzen Tag aus dem Gefängnisfenster heranschreit, daß man es nicht abgenommen kriegen, was man hat, und daß es für die wäre, die nichts haben.“

„Der hat was läuten hören, hat's aber nicht verstanden. Die Leute verstehen immer nicht, was so auf einmal kommt. Alles muß nach und nach kommen. Und jeder denkt nur an sich. Wenn ich ein Korb voll Äpfel hinschüttele, ist er sich leicht krank dran, wenn ich ihm dann und wann einen reiche, läßt er sich den Durst damit. Nach und nach — und immer ans Ganze!“

Wenn der Philipp von den Belehrungen Schlüssels beirrt war, dann ging er zur alten Lisbeth. Die rechte alles wieder ein. Bei ihr war's wie im Sommer,

Sturm und Regen und Gewitter, die gehörten dazu, daß das Getreide wachsen und gedeihen und reif werden konnte. Es war alles gut, wie es eingerichtet war, und auch was nicht gut war, hatte doch einen guten Sinn.

Und außerdem — der Philipp hatte ja die Eulenmühle. Da war alles vergessen, Jür und Wider, Hin und Her.

Keinem Menschen sprach der Philipp von den Büchern und dem Geheimnis des Spenglers Schlüssel. Es war ihm ein stiller Stolz, davon nur allein zu wissen. Aber manchmal machte er sich doch schon Gedanken über dies und das. Er dachte dann, wenn ihn der Schlüssel in seinen Büchern lesen ließe, er könnt's am Ende doch schon verstehen. Wenn's auch nur für später wäre.

Die alte Lisbeth hatte gesagt: „Es gibt Samen, der geht gleich auf, und anderen, der geht erst nach vielen Jahren auf.“ Könnt's nicht auch bei ihm so sein? War nicht der Samen im Schlüssel seinen Büchern für später?

Ah was! Er spielte und freute sich. Es ging schon wieder einmal auf Ostern zu — da konnte man bald Pfeifen aus den Weiden machen. Und es gab schon Weiden, die konnte man pflücken. Am weißen Sonntag aber ging er zum Abendmahl. Er war schon bald vierzehn. Zu Pfingsten, wenn's Kirchen gab.

11.

Nun, er hatte nicht gerührt, und die Mar hatte nachgegeben: sie hatte den Linder Underbach bestellt, hatte die Stube räumen lassen und war auch mit dem Muster einverstanden, das der Philipp gewählt hatte, obgleich es ihr gar nicht gefiel. Gar nicht. Das war ein Muster für den Friedensrichter, nicht für sie. Rote Rosen mit grünen Blättern, ganz hell und saftig, die in Bogen an der Wand hingen, wie sie Wirlanden an die Häuser hängen, wenn das Sängerefest abgehalten wird. Das war gerad, als könnt man nur in seidenen Kleibern drin herumgehen, und der Underbach hatte selbst gesagt: ihm sei's ja egal, und der Bub hält einen Stuß. (Fortsetzung folgt.)



Es ist ein „Nicker“ mit Metallschale. Die Klinge ist durch Gebrauch schon ziemlich abgegriffen. Auf ihrem Rande trägt sie die Marke „Draufgänger“. Wer weiß etwas über seine Herkunft? Bevor der Mörder den Tatort verließ, ist an dem Wagen, der schräg auf der Straße stand, ein Automobil vorbeigekommen, das in der Dunkelheit mit dem schweren Bierwagen leicht hätte zusammenstoßen können. Von dem „Schinderloch“, wozu er den Wagen geschafft hatte, um ihn zunächst jedem Blick zu entziehen aus ist der Mörder mit seinem Rad davon gefahren. Die Radspur führt nach dem Bahnhof Nitterboon. Hier ist der Mörder mit seiner ungelochten Fahrkarte durch die Sperre gegangen und mit einem Zuge abgefahren. Hier endet zunächst die Spur. Der Mann ist in der Gegend schon wiederholt gesehen worden. Er hatte jedesmal Gepäck vorn auf seinem schwarzgefirtenen Rade. Der Unbekannte ist etwa 30 bis 40 Jahre alt und 1,75 bis 1,78 Meter groß, hat ein volles, braunes Gesicht, gesunde, breite Nöhne, einen englisch gekrümmten Schnurrbart und dunkles Haar und trägt einen dunklen Anzug. Auf seine Ergreifung sind 45 000 Mark Belohnung ausgesetzt. Wenn Angaben finden sich im Inseratenteil.

**Jugendweibe der Arbeiter-Bildungsschule U.S.P.** Sonntag, den 17. u. 24. September und 1. Oktober finden die Jugendweibe im Großen Schauspielhaus statt. Alle zur Jugendweibe angemeldeten sind benachrichtigt worden. Der Vorbereitungs-Unterricht findet statt im Norden: Schulaula Müller-Edel Triftstraße, Mittwoch nachmittags 4 Uhr; Schulaula Pappelallee 41, Freitag nachmittags 4 Uhr; Osten: Schulaula Petersburger Straße 4, Sonnabend nachmittags 4 Uhr; Südosten: Schulaula Wrangelstraße 128, Freitag nachmittags 4 1/2 Uhr; Moabit und Charlottenburg: Schulaula Quersiedelstr. 32. — Charlottenburg, Sonnabend nachmittags 3 Uhr. Der Unterricht beginnt überall in dieser Woche. Der Schein ist mitzubringen.

Eintrittskarten zu den Jugendweiben für Erwachsene zu 10 Mark und für Kinder zu 5 Mark sind im Büro der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8/9, und in den Unterrichtsstätten zu haben.

**Öffentliches Volkskonzert.** Das öffentliche Gelangskonzert des Männerchors „Friedenau-Stealib“, Mitlied des R.S.V., das am vorigen Dienstag verreiste, findet heute abend 7 Uhr in Friedenau, Schmorandorfer Platz, statt.

Ueber die großen internationalen Kongresse in Geni (für Moralzerziehung) und London (Friedensbewegung) berichten am Dienstag, den 22. August, 7 1/2 Uhr, in öffentlicher Versammlung im Werner-Siemens-Realaumnasium, Dohntenkaufenstraße 47-48 die beiden Vorsitzenden des Bundes entschiedener Schulreformer Dr. Siegfried Kawerau und Professor Paul Deckerich. Danach teilt Franz Hiller die Einzelheiten über die Oktobertagungen des Bundes „Jugendnot“ (Schöneberger Rathaus) und „Lunkierische Körperkultur“ (Hochschule für Kunst) mit. Jedermann hat Zutritt.

In der Versammlung über „Bavarn und das Reich“, die die „Jug Jungae Republik“ zusammen mit der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ heute abend unter dem Vorsitz Hellmut von Gerlach in den Kammersälen (Halleisches Tor) veranstaltet, erfahren wir, daß der Präsident der Reichseisenbahndirektion Berlin, Herr Wulff, dem Bezirksdirektor verweigert hat, das Palast aushängen zu lassen, daß eine Versammlung ansetzt, die sich den Schatz der Republik angeeignet läßt. Es ist Beschwerde beim Reichsverkehrsminister eingeleitet.

**Bildungsfilme in der Treptower Sternwarte.** Ein neuer Film „Der Flieger“. Am Herbst 1921 unternahm es todesmutige Sportler, die höchste Erhebung Deutschlands, die Zugspitze, im Kitzbühel zu umsteigen. Trotz denkbar ungunstiger Verhältnisse gelang es dem Team vollständig. Dieser neue Film wird am ersten Male am Mittwoch, dem 23. August, abends 8 Uhr, in der Treptower Sternwarte vorgeführt. Wiederholung der Vorführung findet statt am Donnerstag, dem 24., abends 8 Uhr, Sonnabend, dem 26., abends 8 Uhr, Sonntag, dem 27., nachm. 4 und 8 Uhr, Sonnabend, dem 2. September, abends 8 Uhr, Sonntag, dem 3. September, abends 6 Uhr. — Der Film „Schiffahrt Südpolexpedition“ wird am Sonntag, dem 20. August, nachmittags 6 und 8 Uhr gezeigt.

Der Festzug der Stralauer Fischer. Trotz des für diesen Sommer typischen sonnigen Nachmittags hatten es sich die Stralauer am Sonntag nicht nehmen lassen, eine glänzende Probe ihrer Heimatkunde abzulegen. Wegen 3 Uhr nachmittags erschien, von zwei Herden in historischer Gewandung geleitet, der imposante Festzug vor dem Lokal „Schwanenberg“. Unter den Klängen der Festkapelle defilierten die Stralauer Segel- und Rudervereine. Die Sicherleitung präsentierte sich im Werktagkostüm — im Deltrod mit Regen bedeckt. Charakteristische märkische Fischertypen im grauen Vollbart mit ihrem Personal fanden auf geschmückten Booten, die auf Wagen im Festzuge mitzuführen. Die prächtigen Geispanne der Genossenschaftsbrauerie führten manche hübsche Gruppe zur Festwiese, wie den Meerestrog mit dem Dreizack und mit Fischschuppen verzierte Wagen. Um 5 Uhr wurde das Fest durch eine Korsofahrt beendet, während ein zahlreiches Publikum das seltene

Schauspiel, gelagert an den Ufern der Spree, mit großer Freude genoss.

**Kampf mit Laubeneindringern.** Ein Liter schwer verlegt. Laubeneindringern beunruhigen in der letzten Zeit wieder viele Kolonien. So wurde auch das Laubengelände an der Fernburger Straße in Charlottenburg öfter belmachtet. In der letzten Nacht kurz vor 4 Uhr verließen drei unbekannte Männer auf das Grundstück eines Postbeamten einzudringen. Sie wurden dabei jedoch überrascht und von dem Postbeamten gestellt. Im Kampf mit den Verbrechern schoß dieser auf die jetzt Flüchtenden. Dabei traf er jedoch einen so schwer in den Unterleib, daß er liegen blieb. Er wurde von Beamten der Schutzpolizei nach dem Krankenhaus Westend gebracht. Der Verhaftete verweigert seine Namensangabe; auch will er seine beiden entkommenen Spickhaken nicht kennen.

## Gewerkschaftliches

### Internationale Tagung des Post- und Telegraphen-Personals

Am Freitag begann in Berlin im Reichstagsgebäude der 2. Kongreß der Internationalen des Post- und Telegraphenpersonals. Fast alle europäischen Staaten sind durch Delegierte vertreten. Die Begrüßungsansprache hielt der Generalsekretär Lenz. Der Sekretär der Internationalen Dr. Maier teilte mit, daß verschiedene Reaktionen den Delegierten die Pässe verweigert hätten. Der Kongreß müsse in erster Linie für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen eintreten. Es sei aber auch eine Hauptaufgabe des Kongresses, an der Verständigung der Völker mitzuwirken. „Wie wieder Krieg!“ müsse die Losung sein.

Reichstagspräsident Pöbe begrüßte den Kongreß und wies unter Zustimmung der Versammlung darauf hin, daß gerade jetzt friedliche Verhandlungen zwischen den Angehörigen verschiedener Nationen notwendig sind.

Der Kongreß trat dann in eine Aussprache über die Stellungnahme der französischen Regierung zur Entsendung von Delegierten des französischen Postpersonals zu dem Kongreß. Die Haltung der französischen Regierung, die den Delegierten kategorisch die Pässe verweigert, wurde von allen Diskussionsrednern aufs Schärfste verurteilt. In einer einstimmig angenommenen Entschliessung gab der Kongreß sein tiefstes Bedauern darüber zum Ausdruck.

Am Sonnabend nahm der Kongreß den Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegen. Dieran schloß sich die Wahl der Satzungs- und Wahlkommissionen. Sodann begannen die Referate, die dem Kongreß gedruckt vorliegen. Kräusen Kahlhorn (Deutschland) behandelte die Frage der beamteten Frau in den europäischen Ländern — Das Referat schloß sich an die auf dem Mailänder Kongreß der I.P.T. des Jahres 1920 angenommenen Richtlinien an, in denen gefordert wurde: 1. Gleiche Löhne für gleiche Arbeiten unter gleichen Bedingungen, 2. freier Aufstieg der Frauen zu allen Diensten innerhalb der Post- und Telegraphenbetriebe. Die Referentin kommt zu dem Schluss, daß die noch bestehenden Unterschiede in der Behandlung der männlichen und weiblichen Beamten unbedingt fallen müßten. Besonders in der Frage der Gewährung eines gleichen Ruhegeldes, des Urlaubs, des Aufstiegs in leitende Stellen. Die Referentin schlägt dem Kongreß folgende Forderungen vor:

1. Gleichstellung der beamteten Frau mit dem Beamten in Bezugung und Aufstieg auf Grund von gleichwertiger Vor-, Fachausbildung, Arbeitsbedingungen und Leistung.
  2. Aufhebung des Eheverbots für die beamtete Frau.
  3. Gewährung einer angemessenen Abfindungssumme beim Ausscheiden der Beamtin aus dem Dienst wegen Heirat.
- Das Geld ist als ein Ausgleich für den Verlust der Erwartung auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezüge anzusehen. Die Tagung ist bei Drucklegung dieses Berichtes noch nicht beendet. Wir werden über den Schluß der Tagung berichten.

### Schluß des Landarbeiterkongresses

Die Schlußtagung des Internationalen Landarbeiterkongresses wählte einstimmig den Vorstand der Landarbeiter-Internationale, u. a. Schmidt (Deutschland). Als Ort des nächsten Kongresses wurde Berlin bestimmt. Ein Antraq, der das Exekutivkomitee beauftragt, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund gegen den Militarismus eingeleitete Aktion zu unterstützen, wurde debattelos angenommen. Der Kongreß verhandelte sodann über einen Antraq Schmidt auf Arbeiterurlaub in der Landwirtschaft. Debattelos wurde ferner ein englischer Antraq angenommen, wonach die Internationale Landarbeiterföderation die Beitragszahler nach weltumfassender Reklame der Rohwareproduktions befreit und in der sozialen Beschaffung Gleichstellung der Landarbeiter mit den Industriearbeitern fordert. Der Österreichischen Protestresolution gegen die Moskauer Blatartikelle wurde einstimmig zugestimmt.

**Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter.** Mittwoch, den 23. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, im „Deutschem Hof“, Ludauer Straße 15, Branchenversammlung aller in dem reinen Buchbindereien, Geschäftsbuchfabriken und Briefumschlagbetriebe Beschäftigten. Tagesordnung: Bericht von den Rohverhandlungen in Weimar. Bestimmte Erscheineln aller in Frage kommenden Kolleginnen und Kollegen erwartet. Die Branchenleitung.

**Zentralverband der Maschinisten und Geizer.** Am Mittwoch, den 23. August, abends 6 Uhr, findet bei Böker, Berlin, Weberstr. 17, unsere Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Es ist Pflicht eines jeden dienstfreien Kollegen, pünktlich zu der Versammlung zu erscheinen. Die Disziplinarleitung.

**Kaufmännische Lehrstellen.** Ehe man seine Kinder dem kaufmännischen Beruf zuführt oder in eine kaufmännische Lehrstelle bringt, erkundige man sich beim Zentralverband der Angestellten, Jugendsekretariat, Belle-Alliance-Str. 7/10.

## Parteiveranstaltungen

Dienstag, den 22. August.

3. Verwaltungsbezirk (Wedding). Die Spielhöhe der „Militärklub“ Kinderfreunde sind Licht Humboldtstein und Schillerpark. Dienstag und Freitag von 8-9 Uhr.

4. Verwaltungsbezirk, 11., 12., 13., 14. Bezirk. Die für Dienstag, den 22. August, bei Kimpel angeordnete Sitzung der Bildungskommission mit dem Protokollversammlung wegen aus.

10. Bezirk. Abends 7 Uhr, öffentliche Frauenversammlung, Schulaula, Christianstr. 4-6. Vortrag: Über die Trennung. Referent: Reichstagsabgeordneter Witzilbe Baum. Die Funktionäre und Bezirksführer werden aufgefordert, zu dieser Versammlung einzuladen.

20. Bezirk (Kreuzberg). Genossen und Genossinnen erscheint bitte pünktlich in der Versammlung des Kämpfers, Oberstr. 11. 11. Bezirk. Die Untereinstellung sollen heute die Handgeleit zu der am Donnerstag stattfindenden Generalversammlung von Genossen Guse ab.

Mittwoch, den 23. August.

6. Verwaltungsbezirk. Arbeitergemeinschaft der Kinderfreunde. Die Spiele finden nachmittags auf der Spielhöhe Nr. 8 im Treptower Park statt. Treffpunkt 12. Bezirk, Kaspelplatz, 2 1/2 Uhr; 19. Bezirk, Kämpferschule, 2 1/2 Uhr; 20. Bezirk, Götliche Kaspelplatz, 2 1/2 Uhr. Treffpunkt sind mitzubringen.

13. Verwaltungsbezirk. Arbeitergemeinschaft der Kinderfreunde. Nachmittags 3 Uhr Abfahrt von den Bahnhöfen Panitzsch-Schönhausen, Panitzsch-Schönhausen, Karpis-Buch, Bahnhöfen nach dem Kaspelplatz. Treffpunkt 2 Uhr, 1 1/2 Uhr abends zurück.

14. Verwaltungsbezirk. Landesjugendleitung zur öffentlichen Versammlung am 24. d. M. im Schützenpark über „Reichsmittelkrieg“.

Donnerstag, den 24. August.

11. Bezirk. Generalversammlung, 7 Uhr, in der Kula Poststraße, 44/45. 1. Einigungsfrage, unsere Aufgabe zum nächsten Parteitag. Referent: Gen. Dr. Theodor Diekmann. 2. Auffassung der Kandidaten zum Parteitag.

## Vereinskalender

Mittwoch, den 23. August.

Zentralverband der Angestellten (Hilfsindustrie). Öffentliche Versammlung, 8 1/2 Uhr, Schlosser Garten, Schlosser Str. 1.

Donnerstag, den 24. August.

Arbeiter-Kameral-Kasse. Vortrag, 8 Uhr. Fortsetzung der außerordentlichen Generalversammlung, pünktlich abends 7 Uhr in der Schule hinter der Garnisonkirche. Ausgabe von Flugblättern betreffend Winterkarte d. d. d. d.

## Jugendbewegung

Sozialistische Protestler-Jugend, Gruppe Göttern. Dienstag: Gruppe nimmt schloßen an der Versammlung der Partei teil. Treffpunkt 7 Uhr Schule.

Mittwoch: Arbeiterjugendliche Generalversammlung, Kaspelplatz, 11. 7 1/2 Uhr. — Freitag: 7 Uhr Treffpunkt, Kaspelplatz, Kaspelplatz, Kaspelplatz. Mitglieder-Versammlung des Nationalsozialistischen Kampfes. Alle müssen erscheinen.

Sozialistische Protestler-Jugend. Die Gruppen beteiligen sich an dem Protestler-Versammlung gegen die Moskauer Blatartikelle am heutigen Abend! Achtung! Spätkamer! Die Augustnummer des „Jungen Kämpfers“ ist abzugeben.

Am Sonntag, den 27. August, findet in Halle a. S. der mitteldeutsche Jugendtag der S. J. statt. Die Beteiligung der Berliner Genossen ist dringend erwünscht. Abfahrt Sonntag abends nachmittags 4 30 Uhr. Rückfahrt Sonntag abends. Fahrpreis mit Ermäßigung etwa 50 M. Meldungen müssen bis Donnerstag in der Zentrale erfolgen.

Republikanischer Jugendbund „Schwarz-rot-gold“. Die Mitglieder beteiligen sich an der am Dienstag, den 22. d. M., 7 1/2 Uhr, stattfindenden Versammlung des „Arbeiter- und Soldatenvereins“ in den Kammersälen, Zellerow Str., Ecke Belle-Alliance-Str. Thema: „Bavarn und das Reich“.

Die nächste Jugendversammlung findet am Donnerstag, den 24. August, 7 1/2 Uhr, im Schauspielhaus der Genossenschaft, Berlin-Schöneberg, Eisenstr., Ecke Franzstraße statt. Es spricht Kom. Mende über „Die neuen Ziele und Pläne der Jugend“.

Die nächsten Wanderungen finden statt: Sonntag, den 27. August: Eisenwerder-Brickell-Rednig. Treffpunkt: 8 Uhr Steiniger Kopfbahnhof mit Karte nach Eisenwerder. — Sonntag, den 10. September: Eisenwerder-Brickell-Rednig. Treffpunkt: 7 1/2 Uhr Schließender Bahnhof (Weizenzer Bahnhof).

## An unsere Abonnenten!

Um unseren Postabonnenten eine pünktliche Weiterbelieferung für Monat September sicherzustellen, bitten wir das Postabonnement sofort, spätestens aber bis zum 25. d. M., beim zuständigen Postamt oder Briefträger zu bestellen. Bei verspäteter Neubestellung sind Verzögerungen in der Zustellung unvermeidlich und übernimmt die Post dann keine Verantwortung. Verlag der „Freiheit“ e. G. m. b. H.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Raab, Berlin. Für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: L. G. G. Raab, Berlin. — Verlags-Gesellschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Götting & Reimer, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Mittelstraße 76



Die führende  
**SCHUHMARKE**